



ÖDP Würzburg – Stadt und Landkreis

www.oedp-wuerzburg.de

✉ thomas.lang@oedp.de

☎ [0151 / 59 85 13 41](tel:015159851341)

Würzburg, im Februar 2026

P R E S S E M I T T E I L U N G

Finanznot der Kommunen muss auf die Tagesordnung

„Der Auftrag der Bayerischen Verfassung an die Gemeinden ist kaum noch erfüllbar“

Bei einem **Arbeitstreffen** haben **Raimund Binder**, **Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Würzburg**, **Christiane Kerner**, **Stadträtin**, **Matthias Henneberger**, **Kreisrat** und **Roland Lein**, sowie **Dr. Hans von Besser** ein **Thesenpapier zur Finanznot der Kommunen** erarbeitet. Die Kandidaten der ÖDP wollen das 6-Punkte-Papier allen Mitbewerbern um die kommunalen Spitzenämter in der Region zeitnah zustellen und darum bitten, die vorgelegten Thesen zu prüfen, zu ergänzen und zu kommentieren.

Auf kaum einem anderen Gebiet sei das Motto „Stadt und Land - Hand in Hand“ so nötig wie beim gemeinsamen Problem der **unzureichenden Finanzausstattung**, stellte Raimund Binder fest. Deshalb habe man das Ziel, gleich nach der Kommunalwahl in den neu gewählten Gremien einen möglichst **parteiübergreifenden** Antrag zu beschließen, in dem

ein **höherer Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen Deutschlands** eingefordert wird.

„Wir können sonst die uns von der Bayerischen Verfassung in den Artikeln 11 und 83 gestellten Aufgaben nicht mehr ordentlich erfüllen“, betonte Matthias Henneberger. Er wies auf eine Studie des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft hin, in der eindeutig nachgewiesen wird, dass seit 2023 Einnahmen und Ausgaben der Kommunen in Bayern dramatisch auseinanderlaufen: „Es fehlen mittlerweile pro Jahr 5,3 Milliarden und die Aufgaben werden immer mehr!“ Beispielhaft sei die „anstehende Verpflichtung, für eine **Ganztagsbetreuung** der Kinder von der Kita bis weit ins Schulalter hinein sorgen zu müssen“, meint Christiane Kerner. Das koste nicht nur immens viel Geld, sondern sei auch wegen des Fachkräftemangels eine schwer zu erfüllende Herausforderung für die Kommunen.

In dem einstimmig beschlossenen Thesenpapier wird ein höherer Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer sowie an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer gefordert. Dies dürfe jedoch nicht zu einer weiteren Verschuldung im Rahmen eines weiteren sog.

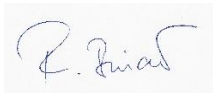
„Sondervermögens“ führen, erklärte Dr. Hans von Besser. In der Arbeitsgruppe bestand starke Einigkeit hinsichtlich der durch Studien gestützten Auffassung, dass einerseits durch intensive Verfolgung von Geldwäsche und Steuerbetrug und andererseits durch eine höhere Besteuerung sehr hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften reale Einnahmesteigerungen für das Gemeinwohl möglich würden.

Eine **Reduzierung der kommunalen Ausgaben sei durch erweiterte Zusammenarbeit der Kommunen möglich**. Die fortschreitende **Digitalisierung** biete hierfür neue Chancen. Die Verwaltungen werden gebeten, den neu gewählten Räten entsprechende Vorschläge zu machen.

Massive Kritik am Gewerbesteuersystem übte der

Fraktionsvorsitzende Binder und Kreisrat Henneberger: „Die

Kommunen werden durch diese Steuer zum einen in Konkurrenz gegeneinander getrieben, zum anderen aber entsteht ein ständiger Zwang, neue Gewerbegebiete auszuweisen.“ So würden immer wieder neue Flächen den natürlichen Kreisläufen entzogen. Deshalb schlagen sie im Thesenpapier auch eine umfassende Reform der Gewerbesteuer vor: „Diese Steuer sollte direkt an den Landkreis, den Bezirk oder am besten gleich ans Land gehen und dann an die Gemeinden pro Einwohnerzahl ausbezahlt werden!“ So käme mehr Gerechtigkeit ins System.



R. Binder
ÖDP Fraktion
ÖDP Kreisverband Würzburg

gez.

M. Henneberger
3. Bürgermeister Randersacker
Kreisrat
Spitzenkandidat Aktive Bürgerschaft/ödp